

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 1 von 22

### 1 **Wir Bürger fordern die grundlegende Reform der Europäischen Union**

2 Als Mitglied der Partei der Europäischen Konservativen und Reformen sind wir der  
3 individuellen Freiheit, der nationalen Souveränität, der parlamentarischen Demokratie, dem  
4 Rechtsstaat, dem Privateigentum, der begrenzten Regierungsgewalt, dem freien Handel, den  
5 Werten der Familie und der Dezentralisierung der Macht verpflichtet.

6 Diese Werte sind Grundlage unserer Politik, einschließlich unserer Vision für eine  
7 reformierte Europäische Union.

### 8 **Die EU ist außer Kontrolle geraten - wir müssen die demokratische Kontrolle** 9 **zurückverlangen.**

10 Die Europäische Union steht am Scheideweg: Jegliche Entwicklung der EU hin zu einem  
11 Europäischen Zentralstaat lehnen Wir Bürger ab. Der Erfolg und die Zukunft der EU hängen  
12 wesentlich von der Bereitschaft ab, Fehlentwicklungen zu korrigieren, sich insbesondere auf  
13 die Kernkompetenzen zu beschränken und nicht übergriffig in die Mitgliedsstaaten und ihre  
14 Angelegenheiten hineinzuwirken.

15 Brüssel wird immer mächtiger. Der Einfluss auf unser Leben wird immer größer. Allerdings  
16 beruht dieser wachsende Einfluss nicht auf demokratischen legitimierten Entscheidungen,  
17 sondern auf technokratischer Aneignung und dem häufig mangelnden Willen der  
18 Regierungen und Parlamente der Mitgliedsstaaten, sich dem zu widersetzen.

19 Zuständigkeiten werden mehr oder weniger stillschweigend verlagert. Insbesondere in den  
20 Grauzonen der gemischten Zuständigkeit eignet sich die EU-Bürokratie ständig neue  
21 Kompetenzen an. Eine fehlende europäische Öffentlichkeit und fehlendes Interesse der  
22 nationalen Medien erleichtern diese Fehlentwicklung.

23 Die bestehenden Europäischen Verträge werden nicht eingehalten, sondern durch die  
24 europäischen Institutionen selbst nach Bedarf gebrochen oder zumindest verbogen. Ein  
25 schier unüberschaubarer bürokratischer Moloch gerät zunehmend außer Kontrolle.

26 Bundesregierung und Bundestag werden ihrer Funktion allzu häufig nicht gerecht, lassen  
27 Brüsseler Übergriffigkeit geschehen, winken sie durch oder verstärken sie durch noch  
28 weitergehende nationale Regelungen.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 2 von 22

29 Die EU-Technokratie ist weitgehend außer Kontrolle geraten. Damit die EU eine Zukunft hat  
30 und nicht an ihren inneren Widersprüchen zerbricht, müssen wir sie grundlegend  
31 reformieren. Wir müssen nicht oder nur unzureichend vorhandene Kontrolle einfordern und  
32 zurückerlangen.

### 33 **Die Illusion von einer übergeordneten europäischen Demokratie**

34 Das Europäische Parlament ist gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kein Parlament  
35 im klassischen Sinne, sondern lediglich eine Kammer. Der Grund ist so einleuchtend wie  
36 zutreffend: Von den drei Kernvoraussetzungen einer repräsentativen parlamentarischen  
37 Demokratie – nämlich freie, gleiche und geheime Wahl – sind die Voraussetzungen „frei“  
38 und „geheim“ erfüllt, die Voraussetzung „gleich“ jedoch nicht: Das Stimmgewicht eines  
39 deutschen Wählers beträgt bezüglich der Sitze im Verhältnis zur Wahlbevölkerung z.B. nur  
40 1/12 eines luxemburgischen Wählers.

41 Eine originäre europäische Demokratie besteht also nicht. Unabhängig von dem  
42 Legitimationsdefizit kann das Europaparlament auch keine eigenen Gesetzesinitiativen  
43 starten, ebenso wenig wählt es den Präsidenten bzw. die Präsidentin der EU-Kommission  
44 oder kann auch nur ein Vorschlagsrecht ausüben.

45 Eine originäre Demokratie besteht auch deshalb nicht, weil es nicht nur an demokratisch  
46 legitimer Kontrolle fehlt, sondern auch an einer „vierten Gewalt“: Es besteht faktisch  
47 keine europäische Öffentlichkeit.

48 Demokratie besteht also auf der nationalen Ebene der Mitgliedsstaaten, nicht jedoch auf der  
49 Ebene der Europäischen Union.

50 Jeder Machtzuwachs der Brüsseler Zentrale bedeutet implizit einen Machtverlust der  
51 Mitgliedsstaaten und damit einen Abbau demokratischer Mitwirkung und demokratischer  
52 Kontrolle. Er bedeutet eine Entmündigung nicht nur der nationalen Parlamente, sondern  
53 auch jedes einzelnen Bürgers.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 3 von 22

### 54 **Demokratiedefizite durch Stärkung der nationalen Parlamente beheben**

55 Umso stärker ist das Zustandekommen von EU-Verordnungen und Richtlinien zu  
56 hinterfragen, denn diese haben Gesetzescharakter sind von den nationalen Parlamenten  
57 zwingend umzusetzen, ohne ausreichend demokratisch legitimiert zu sein.

58 Um dieses Demokratiedefizit zu beheben, verlangen wir, dass für EU-Verordnungen und  
59 Richtlinien neben der Zustimmung von Ministerrat und Europaparlament ein ausdrückliches,  
60 zeitlich befristetes Widerspruchsrecht der nationalen Parlamente hinzugefügt wird: Sofern  
61 mehr als 45 % der nationalen Parlamente widersprechen oder die widersprechenden  
62 Parlamente mehr als 35 % der EU-Bevölkerung repräsentieren, ist die EU-Verordnung oder  
63 Richtlinie abgelehnt.

64 Die Europäische Union ist kein Selbstzweck.

65 Die Legitimation besteht in einer Win-Win-Situation für alle beteiligten Staaten und ihrer  
66 Bürger.

67 Wohlstand in Frieden und Freiheit ist nicht nur das bürgerliche Versprechen für Deutschland,  
68 seine Verwirklichung ist gleichzeitig auch die Legitimation für die Europäische Union als  
69 Gemeinschaft souveräner Staaten, die bestimmte Souveränitätsrechte an die EU übertragen  
70 bzw. delegieren.

71 Deutschland braucht die Europäische Union, die Europäische Union braucht Deutschland.

72 Deutscher Wohlstand beruht maßgeblich auf der Rolle als Exportnation. Diese gilt sowohl für  
73 die Ausfuhren in den EU-Binnenmarkt und innerhalb der Zollunion, als auch für die  
74 weltweiten Exporte.

75 Wer den Austritt Deutschlands aus der EU oder deren Auflösung fordert, blendet und  
76 täuscht die Menschen. So unrealistisch solche Forderungen auch sein mögen, so sehr  
77 beinhalten sie aus ideologischer Verblendung die Inkaufnahme schwerster wirtschaftlicher  
78 Nachteile und eines massiven Wohlstandsverlusts.

79 Andererseits ist Deutschland das Kernland der EU, stellt den größten Bevölkerungsanteil und  
80 ist der mit Abstand größte Nettozahler. Dieses Gewicht muss Deutschland

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 4 von 22

81 verantwortungsvoll einbringen, um Entwicklungen zum Guten zu bewirken und  
82 Fehlentwicklungen gemeinschaftlich mit anderen Mitgliedsstaaten zu korrigieren.

### 83 **Mischfinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen in Geberländern beenden**

84 Insbesondere stehen wir dem Prinzip der Mischfinanzierung von Projekten, die nicht  
85 grenzübergreifend sind, äußerst kritisch gegenüber. Hier wird überflüssige Bürokratie  
86 erzeugt.

87 Co-Finanzierungen von Infrastrukturmaßnahmen durch die EU sollten nur noch für  
88 Nettoempfänger erfolgen. Nettozahler behalten ihre Rückflüsse ein und entscheiden selbst  
89 über die Mittelverwendung. Damit entfällt zumindest für Maßnahmen in Geberländern im  
90 Bereich der bisherigen Mischfinanzierung eine komplette Bürokratieebene.

### 91 **Europa à la Carte - Unterschiedliche Geschwindigkeiten**

92 Wir wollen eine europäische Zusammenarbeit unterhalb der Zuständigkeit der EU-  
93 Kommission stärken.

94 Wir befürworten eine Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Jenseits der  
95 Kernkompetenzen sollen sich EU-Mitgliedsstaaten zu Projektgemeinschaften  
96 zusammenfinden können, um gemeinsame Projekte und Lösungen voranzutreiben, ohne  
97 dass dies von der Zustimmung der EU oder einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedsländer  
98 abhängig ist und für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen gilt. Sofern es von den  
99 teilnehmenden Staaten gewünscht ist, kann die EU eine koordinierende und ggf.  
100 schlichtende Rolle übernehmen.

101 Diese flexible Form der Zusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedsstaaten führt zu zwei  
102 positiven Effekten:

- 103 - Nicht das langsamste Schiff bestimmt das Tempo des Konvois, so dass dynamische  
104 Entwicklungen nicht ausgebremst oder blockiert werden.
- 105 - Kein Mitgliedsstaat wird gezwungen, an Projekten mitzuwirken, für die er nicht  
106 (noch) nicht bereit ist; dies trägt auch den unterschiedlichen Entwicklungen der

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 5 von 22

107 Volkswirtschaften, der kulturellen und politischen Vielfalt innerhalb der EU-  
108 Staatengemeinschaft Rechnung.

109 Die europäische Einigung konnte Frieden und wachsenden Wohlstand ermöglichen, weil ihre  
110 Mitgliedsstaaten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft verwirklicht  
111 haben.

112 Diesen Erfolgen stehen Auswüchse der EU in Form von Bürokratie, Zentralismus und  
113 Dirigismus entgegen, die den historischen Erfolg Europas in immer stärkerem Maße  
114 bedrohen.

### 115 **So machen wir die EU besser:**

116 Wir setzen diesen Fehlentwicklungen das Projekt einer auf Bürgernähe, Subsidiarität und  
117 Eigenverantwortung der Staaten beruhenden EU entgegen. Wir wehren uns gegen alle  
118 Versuche, den Wettbewerb zwischen den Ländern durch überflüssige Harmonisierung und  
119 die Vergemeinschaftung von Staats- und Bankenschulden zu untergraben.

120 Ein Grundproblem der EU ist die Häufung von Macht bei demokratisch nicht oder nur sehr  
121 indirekt legitimierten und kontrollierten Organen und Institutionen, z.B. bei der  
122 Europäischen Kommission, dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) und der  
123 Europäischen Zentralbank. Dadurch wird das in Artikel 23 des Grundgesetzes und Artikel 5  
124 des EU-Vertrags festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip nicht ausreichend beachtet. Dass  
125 Bundesregierung und Bundestag dies dulden, hat zu den gravierenden Fehlentwicklungen  
126 der letzten Jahre beigetragen.

### 127 **Strikte Orientierung am Subsidiaritätsprinzip**

128 Wir verlangen, dass sich die Aufgabenteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten  
129 künftig strikt am Subsidiaritätsprinzip orientiert. Die EU darf nur tätig werden, wenn die  
130 Mitgliedstaaten (zentral, regional oder lokal) dieselben Politikziele nicht ebenso gut selbst  
131 erreichen können und der Übertragung ihrer Rechte ausdrücklich zustimmen.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 6 von 22

### 132 **Souveränität der Mitgliedsstaaten stärken und bewahren**

133 Um die Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten zu stärken und zu bewahren, müssen wichtige  
134 Rechte und Kompetenzen auf der nationalstaatlichen Ebene verbleiben oder dahin  
135 rückübertragen werden.

136 Dazu zählen:

#### 137 **Wirtschafts- und Fiskalpolitik:**

138 Die Wirtschaftspolitik steht in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Empfehlungen, die  
139 die EU im Rahmen des Europäischen Semesters gibt, dürfen keinen verbindlichen Charakter  
140 bekommen oder gar mit Sanktionsdrohungen durchgesetzt werden.

141 Weder die EU noch die Europäische Zentralbank ist zu einer eigenständigen  
142 Wirtschaftspolitik bevollmächtigt.

143 Auch die fiskalischen Entscheidungen sind sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der  
144 Einnahmenseite den Entscheidungen der nationalen Parlamente vorbehalten. Das  
145 Budgetrecht dieser Parlamente darf nicht angetastet werden; es ist unveräußerlicher  
146 Ausdruck der Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten.

#### 147 **Steuerpolitik:**

148 Die von der EU angestrebte Steuerharmonisierung oder gar die Erhebung eigener EU-  
149 Steuern lehnen wir als einen Eingriff in die grundlegenden Rechte der Mitgliedsstaaten  
150 entschieden ab.

151 Die Höhe der Steuern korrespondiert mit der Höhe der Leistungen, die ein Staat für seine  
152 Bürger erbringt. Jedes Volk muss angesichts seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten frei  
153 entscheiden können, welche Leistungen des Staates erwünscht und finanzierbar sind. Es ist  
154 weder wünschenswert noch realistisch, dass alle Staaten der EU ihre Bürger mit dem  
155 gleichen Leistungsangebot ausstatten. Deshalb kann es auch keine Angleichung bei den  
156 Steuern geben.

157 Jedoch sind wir gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien und die Verschiebung von  
158 Gewinnen in Steuerparadiese. Dafür kann es EU-weite Kooperationen geben, z.B. bei der  
159 Festlegung der Steuerbemessungsgrundlagen. Ein eigenes Recht der EU zur Erhebung von

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 7 von 22

160 Steuern lehnen wir aber als unzulässigen Eingriff in die Rechte der Mitgliedsstaaten  
161 entschieden ab.

### 162 **Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:**

163 Die Sozialpolitik und die Entscheidung über den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente  
164 obliegen ebenfalls den eigenverantwortlichen Entscheidungen der EU-Mitgliedsstaaten.

165 Beides ist eng mit wirtschaftspolitischen Entscheidungen verbunden. Deshalb dürfen diese  
166 nicht von deren arbeits- und sozialpolitischen Konsequenzen entkoppelt werden. Wir lehnen  
167 daher eine EU-weite Arbeitslosenversicherung entschieden ab.

168 Dass der Europäische Gerichtshof über den Bezug deutscher Sozialleistungen entscheidet, ist  
169 ein Eingriff in die sozialpolitische Gestaltungshoheit Deutschlands. Es ist daher in den  
170 Europäischen Verträgen eindeutig klarzustellen, dass das letztinstanzliche Urteil in  
171 sozialpolitischen Prozessen durch das Bundesverfassungsgericht bzw. das höchste  
172 zuständige nationale Gericht gesprochen wird.

173 Wir lehnen ebenfalls eine Zuständigkeit der EU für das Arbeitsrecht der Mitgliedsländer ab.  
174 Die weitgehende Übernahme des Arbeitsrechts durch die EU hat zu unnötigen, die  
175 Wirtschaft und auch die Arbeitnehmer belastenden bürokratischen Regelungen geführt. Als  
176 Beispiele seien die einengenden Vorschriften zur Arbeitszeiterfassung und die EU-Richtlinie  
177 zu den Arbeitsbedingungen genannt. Das Arbeitsrecht muss den Nationalstaaten überlassen  
178 bleiben, um die im Wirtschaftsleben notwendige Flexibilität nach Maßgabe der jeweiligen  
179 kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu gewährleisten.

180 Zur Vermeidung einer EU-Binnenmigration, die nicht der Aufnahme von Arbeitsverhältnissen  
181 dient, sollen EU-Bürger Sozialleistungen grundsätzlich aus dem Land beziehen, dessen  
182 Staatsbürgerschaft sie besitzen.

### 183 **Schulden und Umverteilung:**

184 Wir lehnen jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden entschieden ab – egal ob in  
185 Form von Eurobonds oder über gemeinschaftlich finanzierte Institutionen wie EZB, ESM oder  
186 Bankenunion.

187 Die EU hat nach den EU-Verträgen kein Recht, eigene Schulden aufzulegen (Art. 310 (1)  
188 AEUV). Auch versteckte Verschuldung der EU, wie sie derzeit über säumig bezahlte

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 8 von 22

189 Rechnungen, das Budget überschreitende Verpflichtungsermächtigungen und nicht  
190 abgesicherte Risiken von Target 2, Rettungsschirmen und Anleihekäufen weitgehend  
191 unsichtbar für die Öffentlichkeit stattfindet, ist nicht hinnehmbar.

192 Die Schuldenfinanzierung des sogenannten Corona-Wiederaufbaufonds durch die EU  
193 widerspricht den EU-Verträgen. Die Zustimmung des Bundestages war ein Rechts- und  
194 Tabubruch, der sich unter keinen Umständen wiederholen darf.

195 Es ist auch nicht Aufgabe der EU, offen oder versteckt Finanztransfers zwischen den  
196 Mitgliedsstaaten der EU zu bewirken.

197 Die EU hat für diese Zwecke ein umfangreiches Instrumentarium entwickelt oder  
198 angekündigt, etwa den Europäischen Stabilisierungsmechanismus, den gemeinsamen  
199 Bankenabwicklungsfonds, die europaweite Einlagensicherung und die beabsichtigte  
200 europäische Arbeitslosenversicherung. Derartige Institutionen lösen den für eine  
201 Marktwirtschaft konstitutiven Zusammenhang zwischen Verantwortung und Haftung auf  
202 und werden deshalb von uns entschieden abgelehnt.

### 203 **Bildung:**

204 Bildungspolitik ist ebenfalls eine ausschließliche Kompetenz der Mitgliedsstaaten. Es ist gut,  
205 dass es zwischen den Staaten Wettbewerb auch um das beste Bildungssystem gibt. Deshalb  
206 wollen wir diesen Wettbewerb erhalten.

207 Der EU kommen lediglich die Aufgaben zu, die grenzüberschreitend geregelt werden  
208 müssen: Austauschprogramme für Schüler und Studenten, verbindliche Kriterien zur  
209 gegenseitigen Anerkennung von Schul-, Berufs- und Studienabschlüssen und die Förderung  
210 der internationalen Mobilität im Bereich beruflicher Bildung.

### 211 **Kernkompetenzen der Europäischen Union**

212 Andererseits gibt es Aufgaben, die wir der EU alleine oder in Verbindung mit anderen  
213 Organisationsebenen zuschreiben. Zu den wichtigsten derartigen Aufgaben gehören aus  
214 unserer Sicht:

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 9 von 22

### 215 **Binnenmarkt:**

216 Wir bejahen und verteidigen den Binnenmarkt als die größte Errungenschaft der  
217 Europäischen Union und befürworten die vier Grundfreiheiten der EU: freier Warenverkehr,  
218 Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und freier Kapitalverkehr. Durch den größeren  
219 Binnenmarkt können Betriebe größere Mengen mit niedrigeren Stückkosten produzieren –  
220 zum Vorteil der Verbraucher und Unternehmen.

221 Die positiven Wirkungen des Binnenmarkts werden allerdings durch den  
222 bürokratiebelasteten Staatsinterventionismus der EU-Bürokratie immer stärker gefährdet.  
223 Durch fortwährend am Fließband produzierte neue Richtlinien werden der Wirtschaft  
224 ressourcenaufwändige Aufgaben auferlegt, die letztendlich dazu dienen, eine  
225 ideologiebehaftete, von Moraldespotismus und Weltrettungsgedanken geprägte Politik auf  
226 Kosten unserer Unternehmen weltweit durchzusetzen. Als Beispiele seien genannt:

- 227 • das EU-Lieferkettengesetz, in welchem Unternehmen unter Androhung von  
228 Bußgeldern bis zu acht Millionen Euro oder bis zu zwei Prozent des weltweiten  
229 Jahresumsatzes auferlegt wird dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen ihrer  
230 weltweiten Lieferketten „menschenrechtliche Sorgfaltspflichten“ eingehalten  
231 werden;
- 232 • der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), der EU-Unternehmen, welche  
233 bestimmte Waren wie Eisen, Stahl oder Düngemittel aus Drittstaaten beziehen,  
234 auferlegt zu ermitteln und zu melden, wie viel direkten und indirekten Emissionen  
235 bei der Produktherstellung entstanden sind;
- 236 • die Hinweisgeberrichtlinie, die in Deutschland zum Hinweisgeberschutzgesetz geführt  
237 hat, wonach bereits Unternehmen ab 50 Mitarbeiter ein Hinweisgebermeldesystem  
238 im Unternehmen einführen müssen.

239 Wir fordern, dass Richtlinien, die die Wirtschaft mit weiterer Bürokratie belasten,  
240 aufgehoben und diesbezügliche laufende Vorhaben gestoppt werden.

241 Wirtschaftsunternehmen agieren weltweit. Das Fundament der Wirtschaft und des  
242 Wohlstandes in Deutschland sind unsere mittelständischen Unternehmen. Diese werden im  
243 besonderen Maße durch EU-Bürokratie behindert. Die übermäßige und unnötige  
244 Einschränkung von unternehmerischen Freiheiten wird zur Verlagerung von Industrie- und

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 10 von 22

245 Dienstleistungsunternehmen ins Ausland führen, mit der Folge des Wegfalls von  
246 Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen.

### 247 **Wettbewerbskontrolle und Regulierung:**

248 Die EU muss eine effektive Wettbewerbskontrolle ausüben, um das Entstehen von  
249 Marktmacht zu verhindern. Die Wettbewerbskontrolle durch nationale Regierungen allein  
250 reicht nicht immer aus, da große Unternehmen nicht selten von den eigenen Regierungen  
251 begünstigt werden.

252 Es ist in einem gemeinsamen Binnenmarkt grundsätzlich auch sinnvoll, dass die EU eine  
253 einheitliche Regulierung erarbeitet und damit die unterschiedlichen Regulierungen von 28  
254 Mitgliedsstaaten ersetzt. Jedoch bestehen hierbei die Gefahr und leider auch die Erfahrung,  
255 dass die EU überreguliert.

### 256 **Einheitlicher digitaler Markt:**

257 Eine EU-weit einheitliche Regelung aller digitalen Märkte ist sinnvoll, um gleiche  
258 Wettbewerbsbedingungen im gemeinsamen digitalen Markt zu schaffen, einen  
259 Unterbietungswettbewerb beim Datenschutz zu verhindern und Markteintrittsbarrieren zu  
260 senken

### 261 **Internationaler Handel:**

262 In einem gemeinsamen Binnenmarkt ist die EU zu Recht für den internationalen Handel  
263 zuständig. Multilaterale Abkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation sind dabei  
264 bilateralen Freihandelsabkommen vorzuziehen, aber grundsätzlich ist jede Liberalisierung  
265 des Handels zu begrüßen. Allerdings sollen hierdurch die Rechte der nationalen Parlamente,  
266 Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards und Standards des Verbraucherschutzes in ihrem  
267 Bestand und in der Weiterentwicklung nicht beschnitten bzw. behindert werden.

268 Wir begrüßen die Freihandelsabkommen mit demokratischen Staaten, die nicht der  
269 Europäischen Union angehören, ausdrücklich. Weltweiter Handel ist eine wesentliche Quelle  
270 unseres Wohlstands. Wir fordern von der EU einen erneuten Anlauf, um ein umfassendes  
271 Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika auszuhandeln und zu einem  
272 erfolgreichen Abschluss zu bringen.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 11 von 22

### 273 **Stabilität für die Landwirtschaft:**

274 Die Landwirtschaft in der EU dient der Herstellung von hochwertigen und regionalen  
275 Lebensmitteln. Es ist nicht hinzunehmen, dass produktive landwirtschaftliche Flächen für die  
276 Energiegewinnung mittels Photovoltaik- und Windenergie geopfert werden, sofern keine  
277 Doppelnutzung möglich ist. Wir begrüßen und unterstützen die Möglichkeit der  
278 Doppelnutzung von Flächen, zum Beispiel zum Anbau von Obst und gleichzeitiger  
279 Überbauung der Flächen mit Photovoltaik.

280 Vor dem Zubau von landwirtschaftlichen Flächen sind die Nutzung von Dachflächen,  
281 Parkplatzüberbauung und Autobahnbereiche zu priorisieren, um neue Abhängigkeiten in der  
282 Nahrungsmittelproduktion zu vermeiden.

### 283 **EU-Subventionspolitik muss auf den Prüfstand**

284 Die Subventionspolitik der EU hat dafür gesorgt, dass Landwirte immer mehr vom  
285 Unternehmer zu abhängigen Leistungsempfängern degradiert wurden. Wir stehen für freies  
286 Unternehmertum und Vertrauen in unsere heimischen Produzenten.

287 In diesem Zusammenhang muss auch die Subventionspolitik, die ganz aktuell einmal mehr  
288 mit ihrer extrem einseitigen Ausrichtung auf Umwelt- und Klimaschutz unsere Bauern an den  
289 Rand ihrer Existenz drückt, auf den Prüfstand. Wir Bürger stehen klar für die Unterbindung  
290 des Preisdumpings durch Handelsmonopolisten ein. Für hochwertige Produkte müssen  
291 angemessene Preise gezahlt werden.

292 Eine Grundbedingung für eine faire Zusammenarbeit in der EU ist die Gleichbehandlung aller  
293 europäischen Partner.

294 Wir Bürger fordern das sofortige Ende von Wettbewerbsverzerrungen durch  
295 Ausnahmeregelungen, Sonderwege und Bevorzugungen.

### 296 **Energie und Umwelt:**

297 Das bestehende europäische CO<sub>2</sub>-Zertifikatsystem im Bereich der Stromerzeugung wirkt  
298 dann sinnvoll, wenn Deutschland sein „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG) und die damit  
299 verbundene Subventionierung von Wind- und Solarstrom einstellt.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 12 von 22

300 Der von der EU-Kommission geplante „Green-Deal“, der Europa in einen geschlossenen CO<sub>2</sub>-  
301 Markt mit CO<sub>2</sub>-Zollschranken nach außen verwandeln soll, ist keine Lösung, da er im  
302 Wesentlichen die CO<sub>2</sub>-intensiven Industrien aus Europa vertreibt und die wirtschaftliche  
303 Entwicklung von unterentwickelten Staaten durch Handelsschranken behindert. Ein CO<sub>2</sub>  
304 Zertifikatsystem muss auf internationaler Ebene ausgehandelt werden.

305 Mit dem Konzept „2-Grad ohne Staat“ zeigen **Wir Bürger** einen marktwirtschaftlichen Weg  
306 auf, wie ein solches wirksames Zertifikatssystem nicht nur umgesetzt, sondern auch  
307 weltweit durchgesetzt werden kann. Deutschland und der EU fällt bei der Durchsetzung  
308 dieser globalen Lösung eine entscheidende Rolle und Lokomotivfunktion zu.

309 Wir fordern die vollständige Technologieoffenheit bezüglich emissionsfreier Antriebe ab  
310 2035. Die bislang vorgesehene Benachteiligung von sogenannten E-Fuels ist aufzuheben. Die  
311 Anforderungen hinsichtlich des eingesetzten Energiemix bei der Herstellung von E-Fuels  
312 dürfen nicht schärfer als die für batteriegetriebene Elektrofahrzeuge sein. Der  
313 Verbrennungsmotor kann und muss eine von miteinander konkurrierenden  
314 Antriebsoptionen bleiben. Die Entscheidung, welche Antriebsarten genutzt werden, muss  
315 dem Markt überlassen bleiben.

316 Die übergeordnete Zuständigkeit für die Energiepolitik sollte als neue EU-Kernkompetenz  
317 festgeschrieben werden. Insbesondere der Strommarkt ist derart stark zwischen den  
318 Mitgliedsstaaten verzahnt, dass nationale Alleingänge wie der deutsche Ausstieg aus der  
319 friedlichen Nutzung der Kernenergie erhebliche negative Auswirkungen nicht nur auf  
320 Deutschland selbst, sondern auf die EU insgesamt haben.

### 321 **Infrastruktur:**

322 Grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte müssen offensichtlich international, also auf EU-  
323 Ebene, geplant werden. Eine entsprechende Kartellaufsicht ist ebenfalls nötig. Wir  
324 unterstützen einen weiteren Ausbau der transeuropäischen Verkehrswege und Infrastruktur  
325 für Verbraucher und Industrie.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 13 von 22

### 326 **Wir wollen eine schlankere, vielfältigere und demokratischere EU**

327 Die EU in ihrer aktuellen Gestalt hat viele Probleme und leidet unter falschen  
328 Weichenstellungen, darunter insbesondere der Fehlentscheidung zur Einführung des Euros.  
329 Nur ein schlankeres, vielfältigeres und demokratischeres Europa ist zukunftsfähig.  
330 Deshalb muss eine geringere Staatsquote ein wesentliches Ziel europäischer Haushaltspolitik  
331 sein. Dies kann durch Bürokratieabbau, eine effizientere Verwaltung sowie durch bessere  
332 Ausgabenkontrolle erreicht werden. Bürokratieabbau wird nicht durch die Schaffung neuer  
333 Gremien und Arbeitskreise erreicht. Die Bürokratie kann nur durch eine erhebliche  
334 Begrenzung des Beamtenapparats wirksam bekämpft werden. Denn ein erheblicher Abbau  
335 des Bestandes an Beamten und Vertragsbediensteten wird dazu führen, dass sich die  
336 Eurokraten auf die wichtigsten Aufgaben konzentrieren müssen. Weniger Beamte bedeutet,  
337 dass weniger Bürokratie produziert werden kann.

338 Wir wenden uns entschieden gegen die Verschwendung von Steuergeldern, die in der EU  
339 ähnlich wie auf nationalstaatlicher Ebene ein großes Problem ist. Deshalb ist auch  
340 baldmöglichst eine Änderung der EU-Verträge vorzunehmen, um den kostspieligen  
341 doppelten Parlamentssitz in Brüssel und in Straßburg zu beenden.

### 342 **Gleiches Stimmgewicht herstellen**

343 Im europäischen Parlament vertritt ein deutscher Abgeordneter ca. 850.000 Bürger, ein  
344 österreichischer nur ca. 440.000, ein maltesischer Abgeordneter nur 70.000. Die Stimme  
345 eines Bürgers auf Malta hat also das zwölfwache, das eines Österreicher das doppelte  
346 Gewicht der Stimme eines deutschen Wählers. Dies verletzt das eigentlich  
347 selbstverständliche Prinzip der Wahlgleichheit. Eine Korrektur ist deshalb zwingend geboten.

### 348 **Keine EU-Erweiterung bis zur Lösung der strukturellen Probleme**

349 Trotz erheblicher interner Schwierigkeiten führt die EU Verhandlungen mit verschiedenen  
350 Beitrittskandidaten. Ehe jedoch die gegenwärtigen Probleme der Union, namentlich die  
351 Überschuldung diverser Staaten, deren mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, die Eurokrise, die  
352 Sezessionsbestrebungen, das Demokratiedefizit und der Zusammenbruch der gemeinsamen  
353 Asylpolitik nicht nachhaltig gelöst sind, sollte vom Vollzug der Aufnahme neuer  
354 Mitgliedsstaaten abgesehen werden.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 14 von 22

355 Dessen ungeachtet besteht die geopolitische Notwendigkeit, dass die EU europäische  
356 Staaten auch ohne die Mitgliedschaft eng und verlässlich an sich bindet. Eine vertragliche  
357 Assoziierung einschließlich der Einbeziehung in den europäischen Binnenmarkt und die der  
358 Zollunion und der Anerkennung der Regeln der Europäischen Union als Vorstufe zu einer  
359 möglichen späteren Mitgliedschaft ist dazu die geeignete Option.

360 Ebenso können die assoziierten Länder bereits die vollständige Umsetzung der EU-  
361 Standards als Voraussetzungen einer EU-Mitgliedschaft nachweisen, so dass nach Lösung der  
362 strukturellen EU-Probleme die Aufnahme als EU-Mitgliedstaat erfolgen kann.

363 Die Aufnahmen neuer Mitglieder sollen zukünftig durch Entscheide der EU-Wahlbürger im  
364 Rahmen der Wahlen zum Europaparlament bestätigt werden. Gleiches gilt für die Änderung  
365 der Europäischen Verträge. Hierdurch entstehen eine größere Akzeptanz und eine stärkere  
366 demokratische Legitimation.

### 367 **Migration als gesamteuropäische Herausforderung**

368 Die Migrationspolitik lässt sich nicht auf Ebene der Mitgliedstaaten alleine regeln. Gerade  
369 hier kommt der EU eine wichtige Funktion bei der Sicherung der EU-Außengrenzen zu.

370 Europa kann sich keine ungeordnete und illegale Migration leisten, wenn die Stabilität des  
371 Kontinents nicht in den Grundfesten erschüttert werden soll.

372 Die EU-Kommission wie die Mitgliedstaaten sind in ihrer jeweiligen Verantwortung in der  
373 Pflicht, gemeinsam

- 374 - die Außengrenzen zu sichern und illegales Eindringen zu verhindern; nur so lässt sich  
375 die Freizügigkeit innerhalb der EU selbst aufrechterhalten;
- 376 - Ein Verfahren zu etablieren, dass Asylanträge sowie Anträge auf Grundlage der  
377 Genfer Flüchtlingskonvention nur außerhalb des Gebietes der EU gestellt werden  
378 können und entschieden werden;
- 379 - entsprechend illegal eingedrungene oder aus Seenot gerettete Migranten in  
380 Aufnahmeeinrichtungen zu bringen, die auf vertraglicher Grundlage außerhalb der  
381 EU eingerichtet werden;
- 382 - Migranten, deren Identität nicht eindeutig geklärt werden kann, zurückzuweisen;

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 15 von 22

- 383 - die Leistungen für Asylbewerber / Flüchtlinge EU-einheitlich festzulegen und  
384 nationale Abweichungen nur im Rahmen eines vom EU-Durchschnitt abweichenden  
385 Kaufkraftindexes zuzulassen;
- 386 - zur Vermeidung von „Pull-Faktoren“ die Unterstützungsleistungen generell auf  
387 Sachleistungen umzustellen sowie Geldüberweisungen ins Ausland, sofern sie  
388 staatliche Leistungen bezogen werden, zu unterbinden.

389 Die derzeit herrschenden Parteien täuschen die Wähler, wenn sie vorgeben, dass unter den  
390 gegenwärtigen rechtlichen Bedingungen eine wirksame Begrenzung der Migration an der  
391 deutschen Grenze oder an den Außengrenzen der EU rechtlich statthaft und damit ohne  
392 Eingreifen der Gerichte möglich sei. Nach der EU-Rückführungsrichtlinie dürfen illegal  
393 Eingereiste an der deutschen Grenze nicht zurückgewiesen werden, selbst wenn sie keinen  
394 Asylantrag gestellt haben. Soweit es um Zurückweisungen an den Außengrenzen der EU  
395 geht, sind die Menschenrechtskonvention (EMRK) mit dem Verbot der Kollektivausweisung  
396 und das sogenannte Refoulementverbot nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zu  
397 berücksichtigen, das unter anderem eine Prüfung erfordert, ob die Person bei einer  
398 Zurückweisung schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt wäre. Nach der  
399 Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verbietet Art. 3 EMRK  
400 die Zurückweisung oder Ausweisung von Flüchtlingen selbst dann, wenn sie schwerste  
401 Straftaten begangen haben, sofern ihnen durch die Zurück- oder Ausweisung Folter oder  
402 „unmenschliche Behandlungen“ drohen. Soweit es um die Ausweisung von EU-Bürgern aus  
403 EU-Mitgliedsstaaten geht, dürfen diese in Abhängigkeit von deren Aufenthaltsdauer selbst  
404 bei der Begehung von schwersten Straftaten, die zu mehrjährigen Gefängnisstrafen geführt  
405 haben, nicht ohne weiteres ausgewiesen werden.

406 Wir fordern, dass die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen einer Überprüfung unterzogen  
407 und auf Veränderungen hingewirkt wird, soweit diese einem wirksamen Schutz der EU-  
408 Außen- und Binnengrenzen und dem Schutz der deutschen Bevölkerung entgegenstehen.  
409 Dies ist der Erkenntnis geschuldet, dass Rechtsnormen geänderten Verhältnissen angepasst  
410 werden müssen, die in der Gegenwart durch die Masseneinwanderung von  
411 Wirtschaftsflüchtlingen und die die Entwicklung antreibenden Schlepperbanden geprägt  
412 sind. Geschieht diese Angleichung nicht, wird der Punkt erreicht werden, an dem auf breiter

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 16 von 22

413 Front Rechtsstaatlichkeit nicht mehr gewahrt wird, weil sich die Normadressaten aufgrund  
414 des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Drucks über die Gesetze und gerichtliche  
415 Anordnungen hinwegsetzen. Es ist im Übrigen redlichen Bürgern nicht verständlich zu  
416 machen, dass Menschen, die schwere Straftaten wie Kindesmissbrauch, Vergewaltigung  
417 oder Mord begangen haben, nicht ausgewiesen werden dürfen. Diese Menschen haben ihr  
418 Gastrecht und damit Aufenthaltsrecht in Deutschland verwirkt. Dies muss sowohl für Bürger  
419 der EU als auch Angehörige von Drittstaaten gelten.

420 Sofern es erforderlich ist, rechtlichen Voraussetzungen anzupassen oder zu schaffen, ist dies  
421 auf nationaler wie auf EU-Ebene unverzüglich umzusetzen.

422 Wir verurteilen jegliche Kontaktaufnahme zu menschenverachtenden Schleppern in der  
423 Absicht, Flüchtlinge zu finden und diese aufzunehmen. Jegliche Finanzierung von  
424 Organisationen, die dies missachten, hat zu unterbleiben.

### 425 **Ohne grundlegende Reformen wird der Euro scheitern**

426 Ob Finanzkrise, Eurokrise, Staatsschuldenkrise - für unendlich viel Geld wurde Zeit „gekauft“  
427 und anschließend vergeudet. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat durch ihre Zinspolitik  
428 Sparer zugunsten undisziplinierter Staatshaushalte enteignet und unermessliche Risiken  
429 durch offensichtlich rechtswidrige Anleihekäufe angehäuft. Die Möglichkeit, auch  
430 minderwertige und ausfallgefährdete Wertpapiere unter geldpolitischen Vorwänden  
431 aufzukaufen, wurde inzwischen offiziell verstetigt.

### 432 **Die verantwortungslose Kompetenzüberschreitung der EZB beenden**

433 Diese Politik dient allein dem vertragswidrigen Ziel, überschuldete Staaten und Banken mit  
434 immer weiteren Krediten zu Vorzugskonditionen zu versorgen. Leidtragende sind alle  
435 Menschen, die für ihr Alter oder für die Zukunft ihrer Kinder vorsorgen wollen.

436 Das die Kompetenzen überschreitende Vorgehen der EZB ist zu einer Zeitbombe für die  
437 Eurowährungszone geworden. Es war lediglich eine Frage der Zeit, wann die durch  
438 hemmungslose Geldmengenvermehrung absehbare Inflation im Euroraum anspringen  
439 würde, wann durch die Fehlanreize der Negativzinspolitik gebildete Blasen platzen und wann  
440 das System der wahllos angehäuften Schrottpapiere zusammenbrechen wird.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 17 von 22

441 Die Inflation in der Eurozone ist de facto eine Sondersteuer für alle Bewohner der Eurozone  
442 mit dem Ziel der Entwertung exorbitanter öffentlicher Schulden. Die Profiteure sind alle  
443 öffentlichen Haushalte, die Verlierer sind alle Bürger.

444 Die Corona-Pandemie und ihre ökonomischen Auswirkungen haben diese Entwicklung  
445 massiv beschleunigt, weil gewaltige Geldmengen in die Märkte gepumpt worden sind, ohne  
446 dass eine entsprechende Wertschöpfung gegenübergestanden hätte. Verschärfend kommt  
447 hinzu, dass ein großer Teil der Zusatzschulden nicht zur Abfederung von Folgen der  
448 staatlichen Corona-Maßnahmen genutzt wurde, sondern unter dem Deckmantel „Corona“  
449 eine Vielzahl von Projekten finanziert werden soll, die keinerlei Krisenbezug und keinerlei  
450 kurzfristige Effekte haben.

451 Die deutsche Politik sieht diesen dramatischen Fehlentwicklungen tatenlos und wider  
452 besseres Wissen zu, obwohl das Bundesverfassungsgericht ausreichend Handhabe für ein  
453 Einschreiten gegeben hat. Die deutsche Politik treibt diese Entwicklungen sogar voran, in  
454 dem sie entgegen den EU-Verträgen die Aufnahme von Gemeinschaftsschulden zulässt und  
455 selbst durch Sonderschulden und Schattenhaushalte, die weit über das zur  
456 Krisenbewältigung vertretbare Maß hinausgehen, die Inflation befeuert.

457 Die EZB hat mit Rücksicht auf überschuldete Euro-Staaten viel zu lange damit gezögert, der  
458 aufziehenden Inflation rechtzeitig durch Zinssteigerungen entgegenzutreten. Heute lenkt sie  
459 von ihren Versäumnissen ab und schiebt die Schuld für die Inflation auf Corona-bedingte  
460 Angebotsengpässe und den Ukraine-Krieg. Doch das ist eine schwere Irreführung der  
461 Bevölkerung, denn Jahre vorher wurde die Geldmenge massiv ausgedehnt und den  
462 überschuldeten Staaten ein sorgloses Leben durch dauerhaft niedrige Zinsen versprochen.  
463 Inzwischen ist die Inflation außer Kontrolle geraten und nur noch eine schwere Rezession  
464 wird den Preisauftrieb wieder normalisieren können. Das Kind ist in den Brunnen gefallen,  
465 der Schaden nicht mehr abzuwenden. Die Verantwortung für die bereits eingetretenen und  
466 noch bevorstehenden Wohlstandseinbußen liegt eindeutig bei der Europäischen Zentralbank  
467 und den sie unterstützenden Politikern.

468 Wir fordern eine sofortige Abkehr von der verantwortungslosen Politik der EZB,  
469 konsequente Verpflichtung und Beschränkung auf ihre vertraglich festgelegten Aufgaben  
470 und eine grundlegende Reform der Eurozone.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 18 von 22

471 Wir fordern die konsequente Durchsetzung des Auftrags zur Geldwertstabilität. Damit  
472 verbunden sind die Rückkehr zu einem Inflationsziel „knapp unter zwei Prozent“ und eine  
473 Zinspolitik ohne Hintertüren für direkte Staatsverschuldung.

### 474 **Den Euro endlich als ökonomisches Projekt verstehen**

475 Der Euro muss endlich als ökonomisches statt als ideologisches Projekt verstanden werden.  
476 Das bedeutet:

477 Keine Vergemeinschaftung von Schulden, keine gegenseitige Haftung, Verträge sind  
478 einzuhalten. Die Regeln des Maastrichter Vertrages werden permanent umgangen und  
479 gebrochen – damit muss Schluss sein.

480 Die im Zwangskorsett der Einheitswährung überforderten Länder leiden unter zuvor nie  
481 gekannten Arbeitslosenquoten und Wachstumseinbußen, und die leistungstärkeren Staaten  
482 schütten permanent Geld in ein Fass ohne Boden.

483 Mitgliedsstaaten müssen die Möglichkeit erhalten, über eine Parallelwährung abzuwerten  
484 oder ganz auszuscheiden, wenn der Euro ihrer Volkswirtschaft schadet. Alles andere zieht  
485 uns zusammen in den Abgrund.

486 Gigantische Mittel fließen über Rettungsfonds und EZB-Kredite an die Staaten und Banken  
487 der Defizitländer, ohne Gewissheit darüber, dass sie jemals zurückgezahlt werden. Die  
488 Rettungsfonds refinanzieren sich über eigene Verschuldung. Sie umgehen damit die im  
489 Fiskalpakt vorgesehenen nationalen Schuldenbremsen und verschieben die Kosten der  
490 heutigen Misswirtschaft auf künftige Generationen.

### 491 **Euro-Währungsraum reformieren, um ihn zu retten**

492 Deutschland ist Hauptgarant im Euroraum und größter Nettozahler in der Europäischen  
493 Union. Wir können bei allen währungspolitischen Entscheidungen ein hohes Gewicht in die  
494 Waagschale werfen.

495 Es ist einzig und allein eine Frage des politischen Willens der Bundesregierung und der  
496 Parlamentsmehrheit.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 19 von 22

497 Wir fordern folgende Sofortmaßnahmen:

- 498 • Keine Gewährung weiterer Kredite durch den ESM. Da der Bundestag Krediten aus  
499 dem Rettungsfonds ESM zustimmen muss, kann Deutschland die Vergabe immer  
500 blockieren.
- 501 • Keine weitere Staatsfinanzierung durch die EZB, auch nicht indirekt über das  
502 Bankensystem.
- 503 • Keine multinationalen Rettungsfonds für Banken.
- 504 • Keine Eurobonds, keine Vergemeinschaftung von Schulden.

505 Die Ausnahme, dass Banken keine Eigenkapitalunterlegung für Staatsanleihen benötigen,  
506 muss schrittweise aufgehoben werden.

507 Die Stimmgewichte in der EZB müssen zukünftig den Stammkapitalanteilen der einzelnen  
508 Mitgliedsstaaten entsprechen. Den drei Ländern mit den größten Kapitalanteilen ist ein  
509 Vetorecht einzuräumen.

510 Wir verlangen den jährlicher Ausgleich künftiger Targetsalden wie im Federal Reserve  
511 System der USA. Für die bereits aufgelaufenen Salden ist ein Tilgungsplan zu erstellen.

512 Wir fordern die Schaffung eines Insolvenzrechts für Staaten sowie eines geregelten  
513 Austrittsrechts aus dem Euroraum, ohne gleichzeitig die EU verlassen zu müssen.

### 514 **Der Weg aus der Euro-Falle:**

515 Einer Währungsunion können nur solche Länder angehören, die die Bedingungen für eine  
516 Mitgliedschaft erfüllen und die vorbehaltlos für diese Regeln und damit für eine solide  
517 Geldpolitik ohne Missbrauch für fiskalische Zwecke eintreten.

518 Für nicht konkurrenzfähige Länder wie Griechenland wäre es schon seit langem richtig  
519 gewesen, entweder die Währungsunion zu verlassen oder eine Parallelwährung einzuführen,  
520 die gegenüber dem Euro abwerten kann.

521 Das wäre auch für die Bevölkerung dieser Länder das Beste. Geldpolitische Autonomie  
522 ermöglicht höheres Wachstum, geringere Defiziten und eine Verbesserung der  
523 Arbeitsmarktlage.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 20 von 22

524 Es genügt, wenn die EZB entsprechend den klaren europarechtlichen Regelungen einem  
525 Land und dessen Banken bei fehlender Bonität keine weiteren Kredite mehr gibt. Dies würde  
526 zwangsläufig zu einem Austritt des überforderten Staates oder einer mit der EZB  
527 abgestimmten Einführung einer frei konvertierbaren Parallelwährung führen.

528 Es entspricht der Freiheits- und Demokratietradition Europas, dass jedes Volk über seine  
529 Angelegenheiten selbst entscheiden kann. Dazu gehört auch die Entscheidung über die  
530 angemessene Währung. Deshalb ist in die Europäischen Verträge ein Recht auf Austritt aus  
531 dem Euro aufzunehmen, ohne damit gleichzeitig die Europäische Union selbst verlassen zu  
532 müssen.

### 533 **Bargeld ist ein Stück gelebte Freiheit**

534 Wir Bürger lehnen eine Abschaffung des Bargeldes und weitere Einschränkungen bei  
535 Bargeldzahlungen durch die EU ab. Die Einführung eines ergänzenden digitalen Euros darf  
536 nicht zu Lasten anderer Zahlungsmöglichkeiten gehen.

### 537 **EU-Außen- und Sicherheitspolitik**

538 Eine einheitliche EU-Außenpolitik hat sich in der Vergangenheit als Illusion erwiesen.  
539 Widerstrebende Interessen der Mitgliedsstaaten und daraus resultierende lange, häufig  
540 erfolglose Abstimmungsprozesse haben die EU-Außenpolitik weitgehend der Wirkung  
541 beraubt.

542 Wir sind davon überzeugt, dass ein abgestimmtes außenpolitisches Vorgehen der EU-  
543 Mitgliedsstaaten sinnvoll und erstrebenswert ist, halten aber ein enges Zusammenwirken  
544 Deutschlands und Frankreichs unter Einbeziehung Großbritanniens und mit möglicher  
545 Unterstützung weiterer EU-Staaten für die zumindest derzeit schnellere und effizientere  
546 Lösung.

547 Dringend erforderlich ist eine stärkere militärische Zusammenarbeit der europäischen  
548 Mitgliedstaaten der NATO mit dem Ziel einer zukunftssicheren europäischen  
549 Sicherheitsarchitektur. Auch hier ist die Einbeziehung Großbritanniens elementar. Durch  
550 Kooperationen, Arbeitsteilung und die Stärkung und der Ausbau der europäischen  
551 Rüstungsindustrie muss die Abhängigkeit von der Hilfeleistung der USA verringert werden.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 21 von 22

552 Die europäischen Demokratien müssen endlich einen angemessenen Beitrag für ihre eigene  
553 Sicherheit leisten. Dies gilt insbesondere für die fortlaufende Unterstützung der Ukraine im  
554 Kampf gegen die russische Aggression. Es liegt im elementaren Interesse Europas, dass die  
555 gewaltsame Aneignung fremder Territorien nicht akzeptiert und ihr mit allen erforderlichen  
556 Mitteln entgegengetreten wird – soweit es das NATO-Gebiet unmittelbar betrifft mit  
557 militärischen Mitteln, sofern es demokratische Staaten außerhalb des NATO-Gebietes  
558 betrifft, mit militärischer Hilfe unterhalb des eigenen völkerrechtlichen Kriegseintritts.

559 Wir lehnen jegliche unmittelbare wie mittelbare Finanzierung von Terror ab. Dazu gehören  
560 auch jegliche Mittelflüsse in Gebiete, die von terroristischen Organisationen beherrscht  
561 werden.

### 562 **Europäische Rechtsprechung**

#### 563 **Neuregelung der Zuständigkeiten und des Auswahlverfahrens des EuGH**

564 Wir verlangen eine Neuregelung der Zuständigkeiten und Auswahlverfahren des  
565 Europäischen Gerichtshofes (EuGH). Wir bezweifeln insbesondere die politische  
566 Unabhängigkeit des EuGH, dessen Urteile häufig den Eindruck erwecken, dass sie einer  
567 politischen Agenda, nicht jedoch einer politisch unbeeinflussten, juristisch fundierten  
568 Rechtsauslegung folgen.

#### 569 **EU-Verfassungsgerichtshof der Mitgliedsländer**

570 Zur Sicherung des Subsidiaritätsprinzips und zur Begrenzung der Machtausweitung der EU-  
571 Bürokratie fordern **Wir Bürger** die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofs der  
572 Mitgliedsländer, dessen Richter die Präsidenten der Verfassungsgerichte der Nationalstaaten  
573 sind.

574 Dieser ist dem Europäischen Gerichtshof übergeordnet. Er ist zuständig, wenn ein  
575 Mitgliedsstaat geltend macht, dass der Europäische Gerichtshof durch seine Entscheidung  
576 das Subsidiaritätsprinzip verletzt oder eine Entscheidung getroffen hat, die durch die der EU  
577 vertraglich übertragenen Kompetenzen nicht gedeckt ist.

## Europawahlprogramm 2024

Antrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag am 11.11.2023 Seite 22 von 22

### 578 **Deutsch muss gleichberechtigte Arbeitssprache werden**

579 Die in der Europäischen Union neben Englisch und Französisch am häufigsten gesprochene  
580 Sprache Deutsch fristet in der EU ein Schattendasein. Deutsch muss gleichberechtigt neben  
581 Englisch und Französisch Arbeitssprache in der EU-Bürokratie werden. Englisch soll alleinige  
582 juristische Sprache der EU werden.

### **Hinweise für Änderungsanträge:**

Wenn Sie einen oder mehrere Änderungsanträge (Änderung, Streichung oder Ergänzung) stellen möchten, beachten Sie bitte die folgenden Hinweise:

**Damit Ihre Anträge problemlos in das Antragsbuch übernommen werden können, senden Sie diese bitte**

**bis spätestens Mittwoch, 8. November,  
an die Mailadresse [parteitag@wirbuenger.de](mailto:parteitag@wirbuenger.de).**

**Bitte beachten Sie dabei folgende Konventionen:**

- Geben Sie die **Zeilennummer** an, auf die sich Ihr Antrag bezieht, verbunden mit dem Hinweis „nach“ oder „vor“ und dem letzten bzw. nächsten von ihrem Antrag nicht betroffenen Wort.
- Bei **ersatzloser Streichung** geben Sie bitte den zu streichenden Text an, gerne in dieser Darstellung:  ~~Lorem ipsum dolor~~ .
- Bei einer **Änderung** geben Sie bitte den zu ersetzenden Text ebenso in der Darstellung  ~~Lorem ipsum dolor~~  an, zusätzlich den neuen Text in der Darstellung  **Lorem ipsum dolor** .
- Bei einer **Ergänzung** geben Sie bitte den hinzuzufügenden Text in der Darstellung  **Lorem ipsum dolor**  an.

**Ganz wichtig: Bitte senden Sie die Anträge als Word- bzw. Text-Datei und **nicht als PDF****